

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 14.03.2011 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Günther

Stadtrat Lorenz

Stadtrat May

Stadtrat E. Müller

Stadtrat M. Müller (ab 17.10 Uhr, Ziffer 1 A)

Stadträtin Richter (bis 19.10 Uhr, Ziffer 2, E, b, ohne Ziffer 2, D, f Beschluss)

Stadtrat Schmidt\_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser

Stadtrat Stiller

Stadträtin Stocker

Stadtrat Weiglein\_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ab 18.10 Uhr, Ziffer 2, C, a)

Stadtrat Heisel

Stadträtin Glos

Stadträtin Kahnt

Stadträtin Mahlmeister (ab 17.05 Uhr, Ziffer 1 A)

FW-Stadtratsfraktion:

Bürgermeisterin Regan (ab 17.10 Uhr, Ziffer 1 A)

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof

Stadtrat Steinruck

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Ortssprecher

Herr Pfrenzinger (Hoheim, ab 17.25 Uhr, Ziffer 1 A)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Verwaltungsrat Hartner

Stadtplaner Neumann

Frau Hafner

Frau Heger

Stadtkämmerer Weber

Dipl. – Ing. Richter

Dipl. – Ing. Rützel

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Rank  
Stadträtin Schwab  
Stadtrat Haag  
Stadtrat Schardt

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

### 1. Beratung der Haushalte 2011 der Stadt Kitzingen und der Stiftung Alten- und Pflegehilfe mit allen Bestandteilen (Investitionsprogramm und Finanzplanung für 2010 – 2014)

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht eingangs ausführlich auf seinen Vorlagenbericht zum Haushaltsentwurf 2011 mit Finanzplanung ein. Er stellt die vorläufige Abwicklung des Haushaltes 2010 dar und erklärt, dass sich die negative Prognose für das Jahr 2010 nicht bewahrheitet habe, da bei der Gewerbesteuer aufgrund Nachholungen aus den Vorjahren rd. 4,8 Mio. € mehr als veranschlagt vereinnahmt werden konnten. Er geht im Folgenden auf das Gesamtvolumen ein und stellt die Eckdaten des Verwaltungshaushaltes dar. Die Mindestzuführung als wichtigstes Kriterium der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit werde in vollem Umfang erwirtschaftet (1,766 Mio. €), zusätzlich werde eine freie Finanzspanne in Höhe von 0,600 Mio. € erzielt. Dieses Ergebnis im Bereich des Verwaltungshaushaltes sei auf die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer des Jahres 2011 (Ansatz 7,0 Mio. €) zurückzuführen sowie der Tatsache, dass die Stadt im Jahr 2009 eine niedrige Umlagekraft hatte.
- Als nächstes geht er auf den Vermögenshaushalt ein und stellt dar, dass das Volumen mit rd. 15,0 Mio. € im Vergleich zu anderen Großen Kreisstädten (5,0 Mio. € bis 7,0 Mio. €) über dem Durchschnitt liege, was im Wesentlichen auf viele Maßnahmen, die noch vor der Kleinen Gartenschau beendet werden, zurückzuführen sei.
- Er geht auf die Zusammensetzung der Ausgaben im Vermögenshaushalt ein und stellt die Finanzierung dar, die besonders durch die Zuschüsse von Bund, Land und Sonstigen Fördergebern (rd. 7,5 Mio. €) geprägt werden. Kreditaufnahmen von 1,80 Mio. € stehen Tilgungsleistungen von rd. 1,766 Mio. € gegenüber, so dass sich eine Netto-neuverschuldung von 34.000,00 € ergibt.
- Im Folgenden geht er auf das Gesamtvolumen im Finanzplanungszeitraum ein (255.451.235 €), verweist auf die enthaltenen und nicht enthaltenen Großprojekte und stellt dar, dass mit diesem Volumen die Grenze des finanziell Machbaren und personell Umsetzbaren erreicht sei. Ebenso sei empfehlenswert, durch antizyklisches Verhalten den Preisauftrieb im Baugewerbe zu dämpfen.
- Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht als nächstes auf den Stand der Schulden sowie den Stand der Rücklagen ein und verweist auf deren Entwicklung bis zum 31.12.2014. Zusammenfassend stellt er fest, dass der Haushaltsentwurf des Jahres 2011 die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, dies alles ohne Steuererhöhungen und ohne Kürzung der freiwilligen Leistungen.
- Er verweist auf verschiedene Risiken (Entwicklung der Konversion, Entwicklung der staatlichen Finanzhilfen, Entwicklung der Zuführung vom Verwaltungshaushalt; abhängig von Konjunktur, Gewerbesteuer, Kreisumlage, Schlüsselzuweisungen) und kommt zum Fazit, dass die Investitionen in den kommenden Jahren auf ein Maß zurückgeführt werden sollten, welches unter Beibehaltung der Nettoneuverschuldung 0 aus Verkaufserlösen, Beiträgen, Zuschüssen und Rücklagenentnahmen finanziert werden

könne. Darüber hinaus sei die Entwicklung der Konversion für die künftige Entwicklung Kitzingen entscheidend, wofür seiner Auffassung nach die Verwaltung und der Stadtrat die Kräfte gemeinsam bündeln müssen.

Abschließend kommt er zu folgenden Schlussfeststellungen:

1. Die Finanzlage der Stadt ist geordnet
2. Der gesetzliche Haushaltsausgleich ist gegeben durch Rücklagenentnahme
3. Die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahre 2014 ist in der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung nachgewiesen.
4. Der Haushalt mit mittelfristiger Finanzplanung ist daher genehmigungsfähig

Die Folien von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer liegen der Niederschrift als wesentlicher Bestandteil bei.

- B. Oberbürgermeister Müller verdeutlicht, dass die Gewerbesteuer nach wie vor die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen sei und die Gemeindefinanzkommission bislang ohne Ergebnis getagt habe, so dass aller Voraussicht nach die Gewerbesteuer den Kommunen erhalten bleibe.

## 2. Beratung des Investitionsprogramms 2011 mit Finanzplanung 2010 – 2014

### A. Einzelplan 0

#### a) 0600.9453 – Brandschutz Rathaus/Bauamt

Die ödp-Stadtratsgruppe hat in ihrem Antrag vom 20.02.2011 Fragen zu den rechtlichen Grundlagen, der Notwendigkeit der Umsetzung, zu einem Maßnahmeplan sowie möglichen sinnvollen Maßnahmen zum Thema Brandschutz in den kommunalen Liegenschaften gestellt.

Stadtrat Pauluhn ergänzt, dass sich diese Frage auf alle weitere Haushaltstellen, die sich mit Brandschutz befassen, richte und erklärt, dass das Thema dringend angegangen werden müsste und die Mittel anhand eines Maßnahmeplans eingestellt werden sollten. Von einer weiteren Verschiebung ist abzusehen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass bei allen gegenwärtigen Baumaßnahmen der Brandschutz mit erledigt werde (z. B. Hauptschule Siedlung) und die weiteren notwendigen Maßnahmen sukzessive abgearbeitet werden und begründet dies mit den finanziellen und personellen Ressourcen.

Stadtrat Pauluhn möchte wissen, ob sich der neu einzustellenden Gebäudemanager mit dem Thema Brandschutz befasse, was Oberbürgermeister Müller bejaht, jedoch mit Ergebnissen nicht mehr im Jahr 2011 zu rechnen sei.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

#### b) 0600.9456 – Energetische Sanierung des Stadtbauamtes 0600.9457 – Umbau Stadtbauamt und Erweiterung Bauamtsregistratur

Die UsW bittet um Mitteilung des Sachstandes bei der energetischen Sanierung des Stadtbauamtes.

Darüber hinaus bittet die UsW um einen Sachstandsbericht zum Umbau des Stadtbauamtes auch mit Blick auf eine mögliche Nutzung des ehem. Marktcafes.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme des Hochbauamtes und stellt dar, dass die Maßnahme zur energetischen Sanierung des Bauamtes in Kürze abgeschlossen sei. Bis Oktober 2011 müsse der Nachweis bei der Regierung von Unterfranken eingereicht werden, um die Förderung nach dem Konjunkturpaket II zu erhalten.

Der Umbau des Bauamtes ist auch im Zusammenhang mit weiteren Liegenschaften in der Stadt zu sehen (z. B. Marktcafe), wobei die Prüfungen einer möglichen Umsetzung noch andauern. Die Mittel sollten gleichwohl bei der Haushaltsstelle eingestellt bleiben und im Falle, eine Nutzung des Marktcafe-Gebäudes komme in Frage, könnten die Mittel entsprechend auf die betroffenen Haushaltsstellen verschoben werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

c) 0601.9350 – EDV – Austausch von Rechnern Bildschirmen, Drucker und Software

Die SPD-Fraktion bittet, die im Jahr 2011 zu beschaffenden Rechner, Bildschirme usw. in einer Sammelausschreibung abzuwickeln und in einem einzigen Auftrag zu vergeben. Die Auslieferung könne auf Abruf erfolgen.

Verwaltungsrat Hartner stellt dar, dass die EDV dies in diesem Jahr entsprechend beachten werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 0 bleiben unverändert.

B. Einzelplan 1

a) 1300.9357 – Brandschutz, Beschaffung FFW-Fahrzeuge

Die CSU möchte wissen, ob die Beschaffung der Drehleiter mit dem Brandschutz am Falterturm zusammenhänge.

Die FW bittet hinsichtlich der Beschaffungen von FFW-Fahrzeugen die illegalen Preisabsprachen zu überprüfen und hierüber zu informieren.

Oberbürgermeister Müller erläutert hinsichtlich der Preisabsprachen, dass man die möglichen Fälle der Firma sowie dem Städtetag mitgeteilt habe. Von der Firma erging zwischenzeitlich die Antwort, dass den Kommunen hierbei kein Schaden entstanden sei. Die Verwaltung prüfe im Zusammenhang mit dem Städtetag das weitere Vorgehen (ggf. Sammelklage).

Hinsichtlich der Drehleiter verweist Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach für die Innenstadt zwei Drehleitern aus einsatztaktischen Gründen benötigt würden. Darüber hinaus konnte eine Kostensenkung insofern erreicht werden, dass eine gebrauchte Drehleiter beschafft werden soll.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

- b) 1300.9390 – Einrichtung neues Feuerwehrgerätehaus Repperndorf  
1300.9450 - Brandschutzmaßnahmen bei allen Feuerwehrgerätehäusern  
1300.9452 – Neubau Feuerwehrgerätehaus Repperndorf  
1300.9540 – Löschwasserzisterne Repperndorf

Die SPD und CSU erbitten einen Sachstand zur Schlussrechnung und zum Kostenrahmen der Maßnahme.

Die UsW möchte den Umfang des Brandschutzes beim Neubau des Feuerwehrgerätehauses erläutert wissen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung. Die Frage nach dem Vorliegen der Schlussrechnung beantwortet Dipl. – Ing. Rützel mit dem Verweis auf noch notwendige Gespräche mit einzelnen Firmen. Die Schlussrechnung sollte in spätestens zwei Monaten vorliegen. Die Kostenrahmen werden nach gegenwärtigen Erkenntnissen eingehalten

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

- c) 1300.9451 - Erweiterung Feuerwehrhaus Hoheim – Einstellung von Planungskosten

Die FW beantragt, für die Erweiterung des Feuerwehrhauses Hoheim im Haushaltsjahr 2011 die entsprechenden Planungskosten einzustellen.

Ortssprecher Pfrenzinger ergänzt, dass neben dem Anbau an dem bestehenden Haus, welches gegenwärtig vom SV Hoheim mitgenutzt wird, auch dieses Gebäude erneuert werden müsste. Grunderwerb sei seiner Auffassung nach nicht notwendig, da das benachbarte Grundstück im Eigentum der Stadt liege.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, im Haushaltsjahr 2011 20.000,00 € für die Planung (Leistungsphasen 1 bis 4) bereitzustellen, die Einstellung der Baukosten für die Maßnahme könnte je nach Umfang ab dem Jahr 2012 erfolgen.

### **Mit 23 : 3 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, bei der Haushaltstelle 1300.9451 für die Planung der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Hoheim (Leistungsphasen 1 bis 4) im Haushaltsjahr 2011 20.000,00 € einzustellen.

2. Bürgermeister Christof gibt zu Protokoll, dass sich die KIK nicht gegen die Erweiterung ausspreche, jedoch aufgrund des Verfahrens der Haushaltsberatungen dagegen gestimmt habe. Er gibt zu Bedenken, dass die laufenden Nummern abgearbeitet werden und durch die zwischenzeitlichen Beschlussfassungen kein Geld für mögliche wichtigere Dinge übrig bleibe. Bei den Haushaltsberatungen müssten zunächst die wichtigen Punkte beraten werden, um zu wissen, welche Mittel für Kleinigkeiten noch zur Verfügung stehen würden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass ein solches Vorgehen nur dann möglich sei, wenn die umfassenden Punkte bis zum Sommer eines Vorjahres besprochen werden, um diese bei der Erstellung des Haushaltes berücksichtigen zu können. Eine Veränderung der sog „großen Punkte“ während der Haushaltsberatung erscheint nicht möglich, da damit das gesamte Investitionsprogramm „umgeworfen werde“.

Stadtrat Moser unterstützt die Aussage von 2. Bürgermeister Christof und ist der Auffassung, die Prioritäten anders zu verteilen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass unter Berücksichtigung der Eckpunkte (begonnene Maßnahmen müssen fortgeführt werden, neue Maßnahmen stehen schon fest) lediglich ein geringer Teil zur Verfügung stehe, der in den Haushaltsberatungen verändert werden kann.

Stadtkämmerer Weber weist abschließend darauf hin, dass das gegenwärtige Vorgehen sehr umfangreich und arbeitsaufwändig sei und er für nächstes Jahr mögliche Änderungen bei der Vorbereitung und Aufstellung des Haushaltes vorstellen werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze des Einzelplanes 1 bleiben unverändert.

### C. Einzelplan 2

- a) 2121.9350 – D. Paul-Eber-Schule – Bewegliches Vermögen, Einrichtung, Einbaumöbel  
2121.9451 – D. Paul-Eber-Schule – Sanierung der Schule, Einrichtung Ganztagsklassen

Die SPD- und CSU-Fraktion möchte wissen, ob alle Möbel und Anschaffungsgegenstände entsprechend der Planung angeschafft wurden und erbitten eine detaillierte Gesamtkostenaufstellung. Darüber hinaus erbitten sie eine Gegenüberstellung zwischen Kostenansatz, Ausschreibung und den tatsächlichen Kosten.

Die KIK-Fraktion möchte ebenfalls eine Mittelung über die aktuellen Gesamtkosten. Die FW- und UsW-Fraktion erbitten eine Information zur Überprüfung der Maßnahme beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) sowie einen aktuellen Sachstandsbericht.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung und stellt dar, dass hinsichtlich der D. Paul-Eber-Schule sowie der Mondseebrücke eine Prüfung seitens des BKPV erfolge. Hierzu wurden dem Verband die Fragen der Fraktionen und Gruppen sowie der Stadtverwaltung weitergeleitet.

Für die D. Paul-Eber-Schule werden die Ergebnisse bis Mitte/Ende April erwartet. Bei der Mondseebrücke hatte der Verband weitere Nachfragen, so dass das Feststehen der Ergebnisse nicht genauer terminiert werden könne.

2. Bürgermeister Christof möchte wissen, ob sich seit der Beauftragung der Prüfung weitere Kostenerhöhungen bei der Mondseeinsel ergeben haben, was Dipl. – Ing. Richter verneint.

Stadtrat Schmidt bittet, das Schreiben der Stadt zu Beauftragung des BKPV an die Stadträte weiterzuleiten.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

Auf Nachfrage stellt Dipl. – Ing. Rützel dar, dass bei der Beschaffung der Möbel diese wie ursprünglich geplant beschafft wurden.

- b) 2121.9452 – D. Paul-Eber-Schule – Umzugskosten, Unterhalt, Sanierung, Miete im Rahmen der Generalsanierung

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass lt. Änderungsliste 1 bei der Haushaltsstelle 2121.9452 5.000,00 € eingestellt werden müssen.

Die Übertragung des Restes aus 2010 ist nicht möglich, da die Mittel aus einer Haushaltsüberschreitung resultierten.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis.

c) 2122.9453 – Hauptschule Siedlung - Sicherheitseinrichtungen

Die CSU möchte den Ansatz für die Sicherheitseinrichtungen erläutert wissen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Hochbauverwaltung, worin die einzelnen Maßnahmen detailliert aufgeschlüsselt sind (Außensicherung, Innensicherung, Schließanlage).

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) 2140.9451 – Schulsportanlage Deusterpark – Sanierung der Schulsportanlage  
2140.9670 – Schulsportanlage Deusterpark – Sanierung Außensportplatz

Die UsW ist der Auffassung, die Sanierung der Schulsportanlage Deusterpark vorzuziehen, falls andere Maßnahmen des Vermögenshaushaltes verschoben werden können.

Die CSU beantragt ebenfalls ein Vorziehen der Maßnahme und möchte wissen, wie hoch der Kostenanteil der Stadt wäre bzw. wo die Schüler derzeit Sport treiben.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass diese Maßnahme gegenwärtig aufgrund der personellen Ressourcen nicht angegangen werden könne. Mittel seien hierfür ab dem Jahr 2013 (50.000,00 €) für die Planung sowie ab dem Jahr 2014 ff. für die Umsetzung vorgesehen (1,260 Mio. €).

Verwaltungsamtfrau Hartmann stellt dar, dass der Schul- und Vereinssport gegenwärtig in der Deusterhalle abgewickelt werden könne, die sanitären Anlagen aber sehr zu wünschen übrig ließen.

Die Stadträte sind nach kurzer Diskussion mehrheitlich der Auffassung, dass diese Maßnahme notwendig wäre und deshalb bei etwaigen Verschiebungen im Vermögenshaushalt im Hinterkopf behalten werden sollte.

Hinsichtlich der personellen Situation stellt 2. Bürgermeister Christof dar, dass dann zwangsläufig das Personal des SG 62 aufgestockt werden müsse und man dies in einem solchen Zusammenhang mitberaten müsse. Darüber hinaus gibt er zu Bedenken, ob der Unterhalt in der erforderlichen Regelmäßigkeit durchgeführt wurde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies nach der Beratung des Vermögenshaushaltes ein Thema für die Stellenplanberatungen wäre.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass der Unterhalt durchgeführt wurde, jedoch nach 45 Jahren die Zeit der Sanierung gekommen sei.

Auf die Bedenken von Stadtrat Pauluhn, dass es zwischen der Generalsanierung und dem Unterhalt eine Zwischenlösung gebe, die insgesamt wirtschaftlicher für die Stadt Kitzingen sei, macht Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer deutlich, dass man bei der Generalsanierung Zuschüsse erhalte, bei laufenden Reparaturaufwendungen jedoch nicht.

Aufgrund weiterer Diskussion und der Bedenken, dass bei einer Generalsanierung die entsprechenden Standards beachtet werden müssen, macht Oberbürgermeister Müller deutlich, dass der laufende Unterhalt bei der Halle betrieben wurde und eine Sanierung aufgrund des Alters erforderlich sei.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Angelegenheit wird auf die Prioritätenliste gesetzt. Die Mittel bleiben vorerst unverändert bestehen.

e) 2431.9450 – Friedrich-Bernbeck-Schule, Generalinstandsetzung incl. Brandschutz

Die CSU möchte wissen, weshalb der Ansatz von 5,5 Mio. € unverändert sei, welche Kosten abzüglich der Zuschüsse auf die Stadt zukommen könnten und ob die Maßnahme dringlich sei.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahmen der Hochbauverwaltung, wonach die Maßnahme lediglich wünschenswert sei, weshalb die grob geschätzten Kosten in Höhe von 5,5 Mio. € erst im Finanzplanungsrest eingestellt seien. Die Zuschüsse betragen ca. 2,2 Mio. € (Eigenmittel bei ca. 3,3 Mio. €).

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Einstellung der Mittel bleibt unverändert.

f) 2431.9452 – Friedrich-Bernbeck-Schule, Energetische Sanierung

Die CSU möchte wissen, ob die Maßnahme im genehmigten Zeit-, Kosten - und Qualitätsplan liege und ob die Maßnahme innerhalb der Zuschussfrist abgeschlossen werden könne.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Maßnahme seit November 2010 beendet sei und gegenwärtig die Endabrechnung laufe. Der Zeitplan wurde eingehalten, ebenso der Kostenrahmen, weshalb die Maßnahme bis zur Ende der Zuschussfrist im Oktober abgerechnet sein werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze des Einzelplans 2 bleiben unverändert.

D. Einzelplan 3

a) 3009.9610 – Alte Synagoge, Umbau der Licht- und Tontechnik

Die CSU erbittet nähere Erläuterungen zum Haushaltsansatz (welche Maßnahmen werden zu welchen Kosten für welchen Zweck durchgeführt).

Die FW verweist auf den Finanzierungsplan der Alten Synagoge und möchte wissen, weshalb gleichwohl ein Haushaltsansatz gebildet wurde.

Oberbürgermeister Müller verweist hinsichtlich der Ausführung auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass trotz Finanzierung über das positive Budgetergebnis (Verwaltungshaushalt) eine Bereitstellung von Mitteln im Vermögenshaushalt erfolge müsse. Über die Zuführung zum Vermögenshaushalt wurde haushaltstechnisch das positive Budgetergebnis für die Maßnahme bereitgestellt.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert bestehen.

b) 3331.9352 - Musikschule – Beschaffung eines Podiums

Die FW-Fraktion bittet vor der Anschaffung die Bereiche „Lagerkapazitäten, Transportmöglichkeiten und lfd. Kosten“ zu klären.



Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Musikschule, wonach das Podium aus dem Bauhof mangels Praktikabilität nicht benutzt werden könne, dies auch mit Blick auf die lfd. Aufbaukosten, die das Budget der Musikschule ständig belasten würden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

c) 3400.9880 – Investitionszuschuss an Bund Dt. Karneval für Objekt Rosenstraßen 20

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass lt. Änderungsliste 1 bei der Haushaltsstelle 3400.9880 ein Ansatz von insgesamt 125.000,00 € für den Zuschuss an den Bund Dt. Karneval für die Sanierung der Rosenstraße 20 im Finanzplan eingestellt wurde (60.000,00 € in 2011, 65.000,00 € in 2012). Diese Summe wurde bei der Maßnahme Brandschutz Falterturm entsprechend abgezogen (siehe Hst. 3651.9450).

Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis.

d) 3501.9356 – Schulausstattung Volkshochschule

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass lt. Änderungsliste 1 bei der Hst. 3501.9356 1.000,00 € für die Beschaffung eines Office-Paketes bereit gestellt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis.

e) 3601.9328 – Naturschutz, Pauschale für Ablösungszahlung für Ausgleichsflächen (Öko-Fonds)

Die CSU möchte wissen, wie hoch das Guthaben des Öko-Fonds derzeit sei und ob für Maßnahmen bereits etwas entnommen wurde.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach es sich um Pauschalansätze handelt und bei den Haushaltsansätzen die Einnahmen (Hst. 3601.3590) die Ausgaben (Hst. 3601.9320) nahezu ausgleichen. Für die Baugebiete Hammerstiel, Buddental und Hollunderweg wurden Ausgleichsmaßnahmen erbracht. Für die Gewerbegebiete Großlangheimer Straße und Goldberg müssen noch welche erbracht werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

f) 3521.9359 - Stadtbücherei – Bücher, Tonträger und Einrichtungsgegenstände

Die KIK beantragt, den Ansatz für die Medienbeschaffung auf 25.000,00 € zu erhöhen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass der Ansatz aus Sicht der Verwaltung ausreichend sei, eine Erhöhung entsprechend durch den Stadtrat zu beschließen wäre.

Verwaltungsrat Hartner rät zur Verbesserung des Medienangebotes für die Nutzer den Ansatz zu erhöhen.

Oberbürgermeister Müller bittet um Beschlussfassung, den Ansatz für die Medienbeschaffung ab 2011 ff auf 22.000,00 € zu erhöhen.

## Mit 26 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis, den Ansatz für die Beschaffung von Medien bei der Haushaltstelle 3521.9359 in den Jahren 2011 ff auf 22.000,00 € festzulegen.

### g) 3651.9400 – Restaurierung Mariensäule Hoheim

Die FW fragt nach dem Maßnahmebeginn bzw. dem Maßnahmeende und erkundigt sich nach dem Stand der Zuschüsse.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die vorzeitigen Baubeginne seitens der verschiedenen Fördergeber - mit einer Ausnahme - vorliegen. Sobald die letzte Zusage vorliege, könne mit dem Bau begonnen werden. Zuschüsse erhoffe man sich von der Sparkassenstiftung und dem Landesamt für Denkmalschutz, die Zusage seitens des Bezirks (5.000,00 €) liege bereits vor.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

### h) 3651.9450 – Brandschutz Falterturm

Die CSU bittet, den Haushaltsansatz zu korrigieren, die Brandschutzmaßnahmen auf ein Normalmaß zu reduzieren, das Nutzungskonzept mit den Beteiligten abzuklären sowie einen Fachplaner einzubinden. Darüber hinaus bittet die CSU, einen Ansatz für den Umzug ins städtische Museum und für die Beschaffung von Regalen bereitzustellen.

Die UsW erbittet einen aktuellen Sachstand sowie um Erklärung der eingestellten Summen.

Die KIK beantragt, den Ansatz zu streichen und stattdessen einen einmaligen Zuschuss an den Bund Dt. Karneval für die Einrichtung Museum in der Rosenstraße zu gewähren.

Die FW möchte wissen, ob der Ansatz noch aktuell sei und bittet um eine Sachstandsinformation.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die 1. Änderungsliste, wonach der Ansatz aufgrund der ungewissen Situation von 250.000,00 € auf 50.000,00 € reduziert wurde, um für einen evtl. Umzug (Vitrinen, Transport) gerüstet zu sein. Darüber hinaus verweist er auf den Zuschuss an den BDK bei der Hst. 3400.9880 in Höhe von 125.000,00 € für die Einrichtung eines Museums in der Rosenstraße. Im Übrigen verweist er auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben wie von Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer vorgeschlagen eingestellt.

### i) 3651.9453 – Lichtkonzept für die Altstadt

Die CSU beantragt für ein Lichtkonzept Altstadt 25.000,00 € einzustellen.

Stadtrat Moser ergänzt, dass die 25.000,00 € für kein Konzept verwendet werden sollten, sondern eine Beleuchtung für beispielsweise den Falterturm und den Marktturm in Anlehnung an die Beleuchtung der Evang. Stadtkirche bzw. der Alten Synagogen erreicht werden sollte.

Stadträtin Wallrapp weist drauf hin, dass im Zusammenhang mit dem ISEK bzw. dem BID von der Firma arc.grün ein Beleuchtungskonzept für die Innenstadt erstellt wurde und man auch darauf zurückgreifen könnte.

Stadträtin Glos ist der Auffassung, diese wünschenswerte Angelegenheit auf die Prioritätenliste zu setzen, über die man zum Abschluss der Beratung des Vermögenshaushaltes nochmals diskutieren müsse.

Es besteht Einvernehmen seitens der Stadträte, so dass Oberbürgermeister Müller den Punkt auf die Prioritätenliste verweist.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze des Einzelplans 3 bleiben unverändert.

#### E. Einzelplan 4

- a) 4606.9350 – Stadtjugendpflege – Beschaffung von 2 Notebooks mit Drucker  
4609.9350 – Dezentrale Jugendtreffs – Ausstattung dezentraler Jugendtreffs

Die FW möchte wissen, für wen und für welche Bereiche die Notebooks beschafft werden und ob diese im Budget der Stadtjugendpflege enthalten seien.

Darüber hinaus möchte die FW hinsichtlich der dezentralen Jugendtreffs wissen, welche Anschaffungen geplant seien und wie die zukünftige Ausrichtung aussehe.

Oberbürgermeister Müller verweist hinsichtlich der Notebooks auf die Stellungnahme der Stadtjugendpflege. Der Ansatz über 1.000,00 € für Anschaffungen bei den dezentralen Jugendtreffs sollte als flexible Handhabe im Haushalt enthalten bleiben. Stadträtin Stocker stellt hinsichtlich des Konzeptes der Stadtjugendpflege dar, dass dieses zunächst in der nächsten Sitzung des Jugendbeirates am 29. März beraten werde und anschließend im Stadtrat vorgestellt werden soll.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

- b) 4641.9880 – Kinderhort Marienthal

Die SPD bittet, die Ansätze aufgrund der neuen Beschlusslage zu korrigieren.

Die UsW bittet, die eingestellten Summen näher zu erläutern.

Die FW kann den eingestellten Mitteln aufgrund anderer Angebote in der Stadt nicht zustimmen und bittet den Bedarf bei den Eltern gezielt abzufragen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Änderungsliste 1, wonach die Veranschlagung (Brutto) an die aktuelle Beschlussfassung auf Förderung von 50 Hortplätzen angepasst wurde und geht auf die Einstellung der Mittel bei den einzelnen Haushaltsjahren ein.

Stadtrat Weiglein weist darauf hin, dass das Haus Marienthal nach der Beschlussfassung im Stadtrat mitgeteilt habe, den Bau unter den beschlossenen Voraussetzungen (50 Hortplätze) nicht umzusetzen und gibt zu Bedenken, ob die Mitteln dennoch im Haushalt verbleiben sollten.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass das Haus Marienthal gegenüber der Stadt den Bau nicht ausdrücklich verneine, sondern lediglich auf ein dann resultierendes Defizit verweise. Die Einstellung der Mittel sei Beschlusslage und es bleibe dem Haus Marienthal anheim gestellt, den Bau zu diesen Bedingungen abzuwickeln.

In folgender ausführlicher Diskussion wird kritisiert, dass der Oberbürgermeister trotz der Ablehnung noch nicht das Gespräch mit dem Haus Marienthal gesucht habe. Hinsichtlich der Einstellung der Mittel wird auf die Beschlusslage verwiesen und

auf den Umstand, dass auch ein anderer Träger den Bedarf decken könne. Teile der Stadträte geben jedoch zu Bedenken, dass die Absage des Hauses Marienthals klar formuliert sei und deshalb die Mittel gestrichen werden könnten.

Darüber hinaus spricht Stadträtin Glos ein Gesamtkonzept zur städtischen Betreuung an, wofür die Mittel verwendet werden sollten.

Verwaltungsamtfrau Hartmann verweist auf die dann notwendige Bedarfsermittlung seitens der Firma Modus. Falls das Landratsamt den Bedarf in gleicher Weise bei allen Landkreiskommunen abfrage, würden für die Stadt keine Kosten anfallen. Bei einer ausschließlichen Abfrage für die Stadt Kitzingen müsse die Stadt die Kosten selbst tragen.

Hinsichtlich der Unterstützung bei der Suche nach anderen Gebäulichkeiten bittet 2. Bürgermeister Christof, die Schule in den Marshall Heights ins Auge zu fassen. Hierbei könnten die umliegenden Gebäude für die Vereine und Institutionen genutzt werden und insoweit zu einer Gesamtlösung kommen.

Oberbürgermeister Müller weist abschließend darauf hin, dass eine Bedarfsermittlung der Firma Modus – möglichst in Absprache mit dem Landratsamt – erfolgen solle. Darüber hinaus sagt er zu, die entsprechenden Gespräche zu führen. Die Mittel sollten gleichwohl anhand der Beschlusslage eingestellt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert in der von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer erläuterten Form eingestellt.

c) 4642.9451 – Brandschutz und Ausstattung Kinderkrippe ehem. Eichamt

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass bei der Haushaltsstelle 4642.9451 lt. Änderungsliste 1 6.000,00 € im Haushaltsjahr 2011 eingestellt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis.

d) 4647.9450 – Kindergarten Repperndorf – Brandschutz  
4648.9450 – Kindergarten Hoheim – Brandschutz

Die UsW erbittet zu den Brandschutzmaßnahmen in den Kindergärten Repperndorf und Hoheim einen Sachstandsbericht und eine Auskunft, weshalb die Umsetzung vier Jahre auf sich warten musste.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die ausführliche Stellungnahme seitens der Hochbauverwaltung.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze des Einzelplans 4 bleiben unverändert.

F. Einzelplan 5

a) 5601.9580 – Sportanlage Etwashausen, Tore und Beleuchtung Allwetterplatz

Der Jugendstadtrat beantragt für den Allwetterplatz in Etwashausen die Erneuerung der Tore sowie die Anschaffung einer Beleuchtung.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass für die Tore nach Aussage des Stadtbauhofes mit Kosten in Höhe von 4.000,00 € gerechnet werden müsste, wofür sich die Verwaltung ausspreche. Die Beleuchtung hingegen sollte man mit Blick auf die Folgekosten, möglicher Präzedenzfälle sowie dem tatsächlichen Nutzen nicht umsetzen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Beleuchtung, wobei verschiedene Punkte einer möglichen Umsetzung angesprochen werden (z. B. Beleuchtung an eine bestehende Straßenleuchte anbringen) und die Bitte geäußert wird, zunächst die Kosten zu ermitteln.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, die Kosten für die Beleuchtung zu ermitteln und die Anbringung an eine bestehende Straßenbeleuchtung zu prüfen. Über die Tore bittet er um Beschlussfassung.

#### **Mit 24 : 2 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, bei der Haushaltsstelle 5601.9580 im Haushaltsjahr 2011 für die Beschaffung von 2 Toren auf dem Allwetterplatz in Etwashausen 4.000,00 € einzustellen.

#### b) 5602.9501 – Sportzentrum Sickergrund – Generalsanierung Laufbahn Sickergrund

Die Fraktionen von UsW, CSU, SPD und FW erbitten einen aktuellen Sachstandsbericht und fragen nach dem Zeitplan und ob die Kosten noch ausreichend seien. Die KIK beantragt eine Verschiebung ins Jahr 2012.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Tiefbauverwaltung und stellt dar, dass aufgrund der Untersuchungen die komplette 400 Meter Bahn erneuert werden sollte, sowie die gesamte Abflusssrinne. Darüber hinaus sollte die Flutlichtanlage erneuert werden (Leuchtmittel).

Stadtrat May fragt nach, ob in diesem Zusammenhang auch die Rasenbewässerung erneuert werde und bittet, die Strahler der Flutlichtanlage dann einzeln schalten zu können. Darüber hinaus fragt er nach dem Zeitplan und bittet, den Schulsport sowie die Bundesjugendspiele entsprechend zu berücksichtigen.

Stadtrat Pauluhn fragt nach, ob die Masten der Flutlichter noch standsicher seien und bittet um Prüfung, ob hinsichtlich der Auswechslung der Beleuchtung mit weiteren Zuschüssen aus energetischen Sanierungsprogrammen zu rechnen wäre.

Dipl. – Ing. Richter stellt dar, dass die Rasenbewässerung funktionsfähig sei und sagt die Einzelschaltung der Beleuchtungen, sowie die Prüfung der Standsicherheit der Masten zu.

Auf Nachfrage von Stadtrat May, die Zuleitung zur Bewässerung sicherheitshalber im Zusammenhang der Maßnahme mit zu verlegen, sagt Dipl. – Ing. Richter eine Prüfung zu.

Hinsichtlich des Baubeginns verweist Verwaltungsamfrau Hartmann auf die Absprache mit den Schulen sowie auf einen möglichen Beginn ab Mitte Juli.

Stadträtin Glos gibt zu Bedenken, ob die Mittel in 2011 noch kassenwirksam werden, worauf Dipl. – Ing. Richter hinweist, dass die Bauzeit maximal ein viertel Jahr betragen werde und deshalb die Mittel in 2011 benötigt würden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist abschließend darauf hin, dass aufgrund der weiteren erforderlichen Maßnahmen (Flutlicht, gesamte 400 Meter-Bahn) der Ansatz

auf brutto 505.000,00 € erhöht werden müsste. Da es sich bei der Sportanlage um einen „Betrieb gewerblicher Art“ handelt, werde die Mehrwertsteuer im Verwaltungshaushalt verbucht. Die Zuschüsse, die die Stadt für die Nutzung des Schulsports erhalte, müssten in gleicher Weise geringfügig angepasst werden.

### **Mit 23 : 3 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, für die Sanierung der Laufbahn im Sportzentrum Sickergrund im Haushaltsjahr 2011 den Ansatz von 505.000,00 € brutto zu erhöhen (5602.9501: 425.000,00 € für die Maßnahme, 5602.6412: 80.000,00 € Umsatzsteuer).

#### c) 5652.9450 – Dreifachturnhalle Sportzentrum Sickergrund

Die UsW-Fraktion möchte wissen, ob die Sicherheit der Dachkonstruktion noch gewährleistet sei.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre eine Generalsanierung notwendig werde. Im Jahr 2012 seien 50.000,00 € für die Planungskosten eingestellt, wonach der Umfang der Sanierung festgestellt und die Einstellung der Mittel koordiniert werden könne.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

#### d) 5800.9350 – Grünanlage und öffentliche Grünflächen

Die CSU beantragt eine zusätzliche Mittelbereitstellung für öffentliches Grün in 2011 in Höhe von 55.000,00 €

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass im Rahmen des Unterhaltes 330.000,00 € zur Verfügung stehen und die Gärtnerei auch mit Blick auf Natur in Kitzingen in 2011 mehr Mittel beantragt habe, die im Verwaltungshaushalt zur Verfügung stehen. Von den 330.000,00 € werden jedoch keine größeren Neupflanzungen umfasst.

Stadträtin Schmidt verweist in diesem Zusammenhang auf eine Erbschaft, die für „Grün in der Stadt“ zweckgebunden war und für Neupflanzungen verwendet werden könnte.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass die Erbschaft in Höhe von 52.000,00 € in der allgemeinen Rücklage sei und ggf. für Neupflanzungen verwendet werden könnte.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

#### e) 5800.9581 – Errichtung Häckselplatz Repperndorf

Die FW erbittet einen aktuellen Sachstandsbericht zum Häckselplatz in Repperndorf und beantragt, eine Grünsammelstelle in Hoheim analog des Platzes in Repperndorf einzurichten.

Oberbürgermeister Müller verweist hinsichtlich der Abwicklung auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung.

Zum Antrag verweist er auf die nötige Beschlussfassung im Stadtrat, wobei die gesamtstädtische Situation betrachtet werden müsste. Hierzu werde im April dem

Gremium eine Sitzungsvorlage präsentiert. Mittel für die Errichtung wären ab 2012 einzustellen.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Es werden vorläufig keine Mittel in die Finanzplanung eingestellt.

f) 5900.9581 – Natur in Kitzingen – Kleine Gartenschau  
5900.3610 – Natur in Kitzingen - Zuschüsse

Die SPD beantragt die Erstellung eines Pflege- und Nachnutzungskonzeptes sowie die dafür erforderlichen Mitteln bereitzustellen.

Die CSU beantragt ebenfalls die Erstellung eines Pflege- und Nachnutzungskonzeptes und fordert den Fortbestand der Natur in Kitzingen GmbH nach Beendigung der Gartenschau.

Die KIK fragt nach, wo die Kosten für den Rückbau von Natur in Kitzingen enthalten seien.

Die FW möchten wissen, wann die Zuschüsse gebucht werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass das Pflege- und Nachnutzungskonzept von der Gärtnerei erst erstellt werden müsse und die Mittel frühestens ab dem Jahr 2012 in den Verwaltungshaushalt (weil Unterhalt) einzustellen sind. Die Kosten des Rückbaus seien lt. Mitteilung des Bauamtes bei den Gesamtkosten in Höhe von 4,7 Mio. € enthalten.

Oberbürgermeister Müller weist hinsichtlich der Weiterführung der GmbH darauf hin, dass die Natur in Kitzingen GmbH gegenwärtig die Erfahrungen bei anderen Städten einhole und anschließend Vorschläge zum weiteren Vorgehen unterbreiten werde.

Zur Frage nach der Gewinnerzielungsabsicht und die Bedenken von 2. Bürgermeister Christof, dass dann für den Bleichwasen ein Eintritt erhoben werden müsse, verdeutlicht Oberbürgermeister Müller, dass der Bereich auch als Festplatz genutzt werde und die Einnahmen der dann zu gründenden GmbH zu Gute kommen würden.

Stadträtin Wallrapp erkundigt sich nach den Zuschüssen.

Stadtkämmerer Weber verweist auf die Einstellung im Haushalt 2011 in Höhe von 1,0 Mio. €. Nach Absprache mit der Regierung von Unterfranken werden in 2011 600.000,00 € und in den Jahren 2012 und 2013 jeweils 300.000,00 € eingehen. Mit den übrigen Zuschüssen könne man ab 2014 rechnen. Gegebenenfalls seien Haushaltseinnahmereste zu bilden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert eingestellt.

g) 5900.9583 – Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes

Die UsW erbittet einen aktuellen Sachstandsbericht mit Vorstellung eines Planungsentwurfs. Darüber hinaus sollten die Kosten für die Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes und Gebäude/Dusche benannt werden.

Die KIK gibt die Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes trotz defizitärer Einrichtung zu Bedenken.

Die FW verweist auf die Wichtigkeit der Erweiterung aufgrund der großen Nachfrage und bittet alle Fördertöpfe durchzuforschen.

Die ödp beantragt die Verschiebung der Mittel für den Wohnmobilstellplatz.

Stadträtin Wallrapp ergänzt, dass nach einem Gespräch mit den Verantwortlichen des Tiefbaus sowie des Bauhofs eine kurzfristige Umsetzung bis zur Natur in Kitzin-

gen geschehen könne. Sie bittet aus diesem Grund im Jahr 2011 80.000,00 € bereitzustellen.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass im Jahr 2011 keine Kapazitäten in der Tiefbauverwaltung vorhanden seien, weshalb er eine Umsetzung bis zur Natur in Kitzingen ablehne. Darüber hinaus sei hierfür ein wasserrechtliches Genehmigungsverfahren notwendig, welches sicherlich nicht bis zum Mai abgeschlossen sei.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Erweiterung, in der das Für und Wider jeweils dargestellt wird.

Oberbürgermeister Müller sagt aufgrund weiterer Diskussionen zu, die Aussagen hinsichtlich der Durchführung bis zur Natur in Kitzingen nochmals zu überprüfen, so dass am zweiten Tag der Haushaltsberatungen hierüber Beschluss gefasst werden könne.

Hiermit besteht Einverständnis. Die Mittel bleiben vorerst unverändert.

#### h) 5932.9350 – Ersatz von Spielgeräten in verschiedenen Spielplätzen

Die öpd beantragt für die Neuanschaffung von Spielgeräten für die Spielplätze Königsberger Straße und am Hochhaus jeweils 25.000,00 € einzustellen. Dies entspreche auch einem Anliegen aus dem Bürgerarbeitskreis.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer ist der Auffassung, diese Maßnahme über die Soziale Stadt abzuwickeln und somit die Chance auf Förderung zu wahren. Dies sei jedoch frühestens ab 2012 möglich, da diese Maßnahmen bei der Meldung des Jahresantrages für 2012, der bis zum 31.10.2011 bei der Regierung von Unterfranken vorliegen muss, enthalten sein müsse.

Stadträtin Schmidt verweist nochmals auf die Wichtigkeit der Umsetzung und gibt eine entsprechende Förderung zu Bedenken und fragt nach, ob man dies bereits geprüft habe.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass man sich hiermit die Chance auf einen Zuschuss wahren könnte, während bei einer Abwicklung ohne das Programm „Soziale Stadt“ keinerlei Zuschüsse fließen würden. Gleichwohl sagt er zu, die Förderung nochmals zu klären, so dass im Rahmen der Haushaltsberatungen über diesen Antrag noch Beschluss gefasst werden könne.

Hiermit besteht Einverständnis. Mittel werden vorerst keine eingestellt.

Die übrigen Ansätze des Einzelplans 5 bleiben unverändert.



## G. Einzelplan 6

### a) 6101.9350 – Stadtplanung, Stadtentwicklung, Bauleitplanung Fachspezifische Software GIS

Die UsW möchte den Sachstand bei der Erhebung des Städtischen GIS erläutert wissen, unter anderem für welches GIS-System die Kanalschale angeschafft werde.

2. Bürgermeister Christof fragt ergänzend nach, welche Personen gegenwärtig mit dem Programm arbeiten und wer dafür zuständig sei.

Stadtplaner Neumann verweist auf die Historie der Einführung und erklärt, dass gegenwärtig mehrere Personen mit dem GIS arbeiten und mit der Anwendung vertraut seien. Die Vervollständigung der Inhalte erfolge nun sukzessive. Die Stelle der/des GIS-Beauftragten sei nun ausgeschrieben, wobei 50 % der Arbeit auf GIS fallen werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.00 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer